

Der Mensch geht vor Profit - den Kapitalismus überwinden

Roter 1. Mai 2010, Siegen

Rede: Leo Mayer, stellv. Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei, Mitarbeiter am Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung isw

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Genossinnen und Genossen

Ich habe fast den Eindruck, wenn ich nach Siegen zum Roten 1. Mai komme, bin ich der Überbringer guter Nachrichten.

Als ich das letzte Mal hier sprechen durfte - das war vor fünf Jahren -, hatte ich Euch mitteilen können:

§ „Wir“ sind Papst!

Na ja, heute ist das vielleicht nicht mehr der Knüller. Sogar in Bayern ist der Name Benedikt bei der Namensgebung in der Rangliste weit abgefallen; das hat uns kürzlich die Gesellschaft für deutsche Sprache mitgeteilt.

Aber ich hatte Euch auch mitteilen können:

§ „Wir“ sind Exportweltmeister!

Zugegeben, auch nicht besser. Dieser Titel hat sich inzwischen als Titel ohne Wert herausgestellt. Ohne Wert - zumindest für die Menschen, deren Einkommen vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängt. Jahrelang wurde ihnen Verzicht bei den Löhnen, Verzicht bei sozialen Leistungen, Verzicht bei der Bildung für ihre Kinder - quasi ein Rundum-Verzicht - gepredigt, damit „wir“ schön konkurrenz- und exportfähig bleiben. Und dann kommt die Krise, der Export bricht dramatisch ein, und die Arbeitsplätze in der exportorientierten Industrie kommen am stärksten ins Wackeln.

Und die ArbeiterInnen hier in diesem Land - in der Zeit, in der sie nicht arbeiten „Konsumenten“ genannt -, haben kein Geld in der Tasche, um sich all die schönen Dinge zu kaufen, die sie produzieren. Weil sie ja immer auf Einkommen und ein besseres Leben verzichtet haben; weil sie „unter ihren Verhältnissen gelebt“ haben, um konkurrenzfähig zu sein.

Also wird die Produktion noch weiter zurückgefahren, die Löhne und Produktionskosten werden noch weiter gedrückt, mit dem Ziel: Konkurrenz- und exportfähig für die Zeit nach der Krise zu bleiben.

Dabei wird sich dieses Modell,

§ dass die in Deutschland produzierenden Unternehmen ihre Nachbarn mit einer Exportwalze überrollen,

§ dass die USA wie ein Staubsauger die in aller Welt produzierten Waren aufsaugen und die Arbeiterhaushalte in den USA all die Dinge kaufen, die überall auf der Welt - von Deutschland bis nach China - produziert werden und mit dem Geld bezahlen, das sie als Kredit aus diesen Exportüberschussländern erhalten

nicht mehr herstellen lassen.

Die US-amerikanischen Arbeiterhaushalte werden in den nächsten Jahren damit beschäftigt sein, ihre Schulden abzutragen, die Häuser zu bezahlen, aus denen sie längst zwangsgeräumt wurden. Sie werden kein Geld haben für die Autos aus Deutschland und die Heimkinos aus China.

Da können die Löhne in Deutschland noch so gesenkt werden; dieses Modell ist am Ende.

Das ist das Problem mit den guten Nachrichten: Die Haltbarkeitszeit wird immer kürzer.

Ich fürchte, das ist auch bei den guten Botschaften so, die ich heute mitbringe:

- § Die Krise geht zu Ende! - das hat die Bundeskanzlerin kürzlich verkündet.
- § Die zweite gute Nachricht: Beinahe wären wir Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kriegsminister Karl-Theodor zu Guttenberg los geworden. Angela Merkel konnte von ihrem USA-Trip und Kriegsminister Karl-Theodor zu Guttenberg von seinem Ausflug nach Afghanistan nicht nach Deutschland zurückkehren. Aber eben nur beinahe. Ein Vulkanausbruch reicht halt doch nicht aus, um diese Regierung los zu werden. Da braucht es schon einen Volksausbruch, um eine andere Regierung und eine andere Politik zu erreichen.

Ende der Krise?

Bei der ersten „guten“ Nachricht - Die Krise geht zu Ende - kann einem direkt Angst und Bange werden.

Vielleicht erinnert Ihr Euch noch daran, dass die Bundeskanzlerin im Dezember 2007 verkündet hatte: *„Der Aufschwung kommt jetzt auch bei den kleinen Leuten an.“* Dabei war es nicht der Aufschwung, sondern die Krise, die im Anzug war und bei den *„kleinen Leuten“* ankam.

Der Aufschwung war spurlos an den sog. „kleinen Leute“ vorübergegangen. Ganz im Gegenteil. Die Reallöhne waren 2008 um 4,3% niedriger als 2000; die Lohnquote um 7 Prozent von 72,2 auf 65,2 Prozent gesunken. Und das in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs. Das hat es vorher noch nie gegeben, dass im Boom die Löhne gesunken sind. In Euro berechnet bedeutet das für die acht Jahre einen Verteilungsverlust für die arbeitende Bevölkerung von fast 600 (596,8) Milliarden Euro.

Das war der Aufschwung!

Wer jetzt vom Ende der Krise redet, bloß weil die Aktienkurse wieder steigen und die Banken Superprofite einfahren, verhöhnt die Menschen. Denn vielen steht statt dem Ende der Krise erst das dicke Ende der Krise bevor: die Arbeitslosigkeit.

Und während Mövenpick, die Unternehmen und die Reichen steuerlich entlastet werden, droht die Regierung der Bevölkerung mit Kürzungen bei allem was das Gemeinwesen ausmacht. Denn die Regierung hat mit dem Geld der Steuerzahler die Banken und die Vermögen der Reichen gerettet.

Was Arbeitslose, Kinder, Arme, Kranke, Hungernde - was notleidende Menschen - nicht schafften, das haben notleidende Kredite im Handumdrehen geschafft. Für notleidende Kredite und wackelnde Banken sind Regierung und Staat sofort mit milliardenschweren Rettungsschirmen eingesprungen. Jetzt wachsen die Schulden der öffentlichen Haushalte ins Unermessliche. Und die Bevölkerung soll eine weiteres Mal bezahlen.

Selbst unter günstigen Annahmen werde es 20 Jahre dauern, bis die durchschnittliche Verschuldung in den Ländern der Euro-Zone auf ein Niveau fallen werde, das mit den Regeln des Stabilitätspaktes vereinbar sei, heißt es im Monatsbericht der Europäischen Zentralbank. (SZ, 12.3.2010)

Griechenland - das ist das Versuchskaninchen, an dem Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfond und die Regierungen der EU-Mitgliedsländer die Schocktherapie ausprobieren,

- § mit der die Staatshaushalte saniert werden sollen,
- § die ArbeiterInnen, die RentnerInnen, die Jugend mit ihren Arbeitsplätzen, ihren Löhnen und Erspartem, ihren sozialen Sicherungssystemen und ihren Lebensperspektiven dafür bezahlen, und
- § die Banken und Investmentfonds sich eine goldene Nase daran verdienen.

Apropos: Goldene Nasen

Reiche immer reicher

Während immer mehr Menschen von Armut bedroht sind, den Kindern und der Jugend die Zukunft geraubt wird, werden die Reichen trotz Krise - oder besser wegen der Krise - immer reicher. Allein in Deutschland scheffelten sie im Krisenjahre 2009 200 Milliarden Euro zusätzlich auf ihre Konten. Ihr Geldberg wuchs damit auf die Rekordhöhe von viertausendsechshundertvierzig Milliarden (4,46 Billionen) Euro.

Zur Illustration: Der 200-Milliarden Zuwachs entspricht etwa einem Drittel der gesamten Nettolohnsumme, die an die knapp 36 Millionen lohnabhängig Beschäftigten in einem Jahr ausbezahlt wurde (636 Mrd. Euro). Oder dem Doppelten der Neuverschuldung des Bundes.

Man stelle sich den Konjunkturschub vor, wären die 200 Milliarden Euro weggesteuert und damit ein öffentliches Investitionsprogramm zum sozialen und ökologischen Umbau finanziert worden, oder wären die Löhne dementsprechend erhöht worden.

Die Realität ist eine andere: erstmals seit 1949 sanken im Jahr 2009 sogar die Bruttolöhne und als non-plus-ultra öffentlicher Investitionen gilt das geplante Schlaglochprogramm.

Banken - Profiteure der Krise

Goldene Nasen verdienen sich auch die Banken.

Fünf Milliarden Euro Gewinn nach Steuern erzielte die Deutsche Bank im Krisenjahr 2009.

Auch 2010 von Krise keine Spur: Die Deutsche Bank hat im ersten Quartal 2010 das zweitbeste Vorsteuerergebnis aller Zeiten verbucht.

Die Deutsche Bank profitiert davon, dass die Regierungen ihre Bankenrettungsschirme und Konjunkturprogramme samt und sonders über Schulden finanzieren und deshalb viele Staatsanleihen auf den Markt brachten.

Die Banken verdienen prächtig daran: an den Emissionen, am Handel und an eigener Geldanlage – finanziert aus Zentralbankgeld zu Billigstzinsen – in die festverzinslichen Staatspapiere zu höchster Güte. Der Gerettete bittet den Notarzt zur Kasse.

Banken und Versicherungen, die Investment-Fonds und Superreichen zeichnen die Staatsanleihen und kassieren die Zinsen. So werden nicht nur die Verluste sozialisiert, sondern auch gleich die privaten Profite für die Zukunft staatlich garantiert.

Droht ein Staat - wie gegenwärtig Griechenland - unter der Last der Schulden zusammenzubrechen, dann können die Finanzinvestoren darauf bauen, dass die anderen Staaten einspringen, um ihre Banken zu retten - mit noch mehr Geld als vorher.

Bei den Hilfspaketen für Griechenland geht es am allerwenigsten um die Griechen; es geht um die Banken und Finanzinvestoren.

So *„ergibt sich die bittere Pointe, dass Steuerzahler mit viel Geld Banken gerettet haben, die nun auf den Bankrott Griechenlands wetten - mit neuen Kosten für die Steuerzahler.“* (SZ, 3.3.2010)

In dieser Konstellation ist es für den dümmsten Banker nahezu unmöglich, keinen Gewinn zu machen.

Banken - Gefahr für die Demokratie

Die Frage, ob die Politik die Banken reguliert, oder ob die Banken die Politik bestimmen, ist vorerst entschieden: Das Casino ist wieder eröffnet und hat Hochbetrieb: starke Banken haben die schwachen Geldhäuser geschluckt, die Zentralbanken pressen billiges Geld ins System und halten so die Rettungsschirme der Regierungen aufrecht.

Da können die Banken wieder Risiken eingehen, ohne das geringste Risiko zu tragen. Denn das Risiko trägt ja die Allgemeinheit.

Und so kann ein Manager wie Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann schon wieder von 25 Prozent Rendite schwärmen, während Arbeitslose, Kurzarbeiter und Steuerzahler dabei sind, für die Folgen hochriskanter Bankerspekulationen gerade zu stehen.

Wenn da Goldman Sachs Chef Lloyd Blankfein meinte, die Investmentbank verrichte Gottes Werk, dann will ich nicht über Gott, Götzen und den Teufel streiten. Ich bin eher der Meinung, dass sich auch daran wieder einmal zeigt: Der Kapitalismus ist das höchste Stadium des organisierten Verbrechens.

Da liegt es doch auf der Hand - aktiv und kreativ, lautstark und nachhaltig, im Betrieb und auf der Straße, am 1.Mai und das ganze Jahr - für die Forderungen zu kämpfen:

1. Die Reichen sollen für die Krise zahlen! Millionärssteuer jetzt!
2. Und die Banken?
Gegenwärtig erleben wir, wie die Banken einen Staatsstreich durchführen. Die Demokratie wird ausgehebelt. Regierungen und Parlamente werden entmachtet, die Bevölkerung erpresst. Ein Direktorium der internationalen Hochfinanz übernimmt direkt die politischen Geschäfte.
Die Macht der Banken ist nicht nur ein wirtschaftliches und finanzielles Problem, Die Macht der Banken ist eine direkte Gefahr für die Demokratie!
Deshalb: Banken enteignen! Banken in Gemeineigentum und demokratisch kontrolliert!
3. Wenn öffentliche Gelder an Unternehmen gehen, dann muss dies mit Garantien für die Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen verbunden sein.
Und es muss klar sein: Staatsgeld nur im Austausch gegen Eigentumsrechte und radikale Demokratisierung! Die dann auch genutzt werden müssen, um eine strukturelle Veränderung der Prioritäten des Wirtschaftens zu erzwingen.

Die Anti-AKW-Bewegung ist wieder da!

Weil ich ja gute Nachrichten übermitteln will - die positive Nachricht dieser Tage: Weit über 100.000 Menschen haben sich am vergangenen Samstag an den Aktionen für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie beteiligt. Die Anti-AKW-Bewegung ist wieder da - bunter und vielfältiger als jemals zuvor.

- § Verlegen wir der Atommafia den Weg!
- § Keine Verlängerung der Laufzeiten! Abschaltung jetzt!
- § Enteignet die Energiekonzerne!
- § Power to the people!

Die Barbarei des Krieges

„Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei“, das war eine Frage, die Rosa Luxemburg stellte.

Das erste Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges - mit dem der deutsche Faschismus die Welt erobern wollte - sagt ein deutscher Offizier: Ich will, dass diese Menschenmenge »vernichtet« wird. »Vernichtet«, das war laut Protokoll die Wortwahl des Oberst Klein.

»Vernichtet« wurden 142 Menschen. Die Feldjäger vermerken in ihrem Bericht: „*Es sind nur noch minimalste Spuren von Humanmaterial zu finden*“. (Der 4, September 2009, SZ, 24.4.2010) Die Namen und Gesichter dieser Menschen, der Opfer dieses Massakers, sollen hinter dem Begriff „Taliban“, „Terroristen“ unkenntlich gemacht werden.

Nun hat die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen gegen Oberst Klein eingestellt. Das was „umgangssprachlich“ Mord genannt wird, sei nach dem Völkerrecht erlaubt, wenn es in einem Konflikt geschieht, den Kriegsminister Gutenberg „umgangssprachlich“ Krieg benennt.

Ist das nicht bereits die Barbarei?

Nun wird das Massaker der Bundeswehr in Kunduz genutzt, um noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken, um die Bevölkerung darauf einzustimmen, dass noch mehr junge Bundeswehrsoldaten verkrüppelt oder im Sarg nach Hause kommen. Eine bessere Ausrüstung für die Soldaten, mehr Panzer und Kanonen fordern Rüstungsindustrie und ihre politischen Vertreter als Schlussfolgerung aus dem Tod der Bundeswehrsoldaten.

Ja, die deutschen Soldaten in Afghanistan brauchen eine bessere Ausrüstung. Aber ihnen fehlen nicht Waffen, Panzer, Kanonen oder Flugzeuge - in ihrer Ausrüstung fehlt das Rückflugticket in die Heimat!

Bundeswehr raus aus Afghanistan! - so wünscht es die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung.

Aber Regierung und große Teile von SPD und Grünen ignorieren diesen Wunsch. Die SPD-Führung tut ja jetzt so, als würde sie erst jetzt merken, dass sie die Soldaten gar nicht zum Brunnenbohren und zum Bau von Kindergärten nach Afghanistan geschickt hat, sondern in den Krieg. Nun gut - besser spät. als gar nicht. Aber dann auch bitte die Konsequenzen ziehen:

- § Keine Stimme für den Krieg!
- § Bundeswehr raus aus Afghanistan - sofort!

Der Krieg in Afghanistan, ist ebenso wie der Krieg im Irak oder im Gaza Teil des Feldzuges,

- § mit dem die ganze Welt der Kontrolle der Multis unterworfen wird,
- § mit dem die kapitalistische Globalisierung gegen den wachsenden Widerstand der Völker militärisch abgesichert wird.

Diese Kriege sind Kriege um Öl und Weltherrschaft!

Und dafür wird gemordet. Dafür fallen Bomben und Raketen auf Eltern und Kinder, auf Menschen, die wie wir, keinen Krieg wollen, sondern leben und lieben, essen und trinken, arbeiten und schlafen - und das alles ohne Angst.

Rückfall in die Barbarei

„Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei“.

Wenn wir die heutige Welt sehen:

- § das Massaker der Bundeswehr in Kunduz,
- § die Bilder US-amerikanischer Panzer und Flugzeuge, die in afghanische Dörfer einfallen und Dutzende unschuldige Menschen im Namen des Kampfes gegen die Aufständischen töten,
- § die Bilder von zerstörten Wohnungen und Krankenhäusern, von zerstörten Wasserwerken im Gazastreifen und Bilder getöteter palästinensischer Kinder, ermordet von High-Tech-Waffen,
- § die von Verzweiflung und religiösem Fanatismus getriebenen Selbstmordattentäter,
- § wenn wir die Grenzen der Europäischen Union und der USA sehen: wie diese kontrolliert und bewacht sind; wie mit Waffengewalt Flüchtlinge in Elend und Tod zurückgeschickt werden,
- § die Verhungerten in weiten Teilen Afrikas; dass die Spitzenmanager der Wall Street in einem schlechten Jahr mehr Bonuszahlungen nach Hause tragen, als die mächtigen G8-Länder für die 800 Millionen der ärmsten und hungrigsten Menschen auf diesem Planeten zusammenkratzen,
- § Wenn wir die Katastrophen sehen, die durch den Klimawandel ausgelöst werden,

§ dass es erstmals in der Geschichte der Menschheit eine „deadline“ zur Lösung der ökologischen Probleme gibt - und zwar in naher Zukunft. Aber die Herrschenden schieben die Lösung in die weite Zukunft, weil sie um ihre Profite fürchten, dann lässt uns all dies in die Barbarei schauen.

Ist es nicht auch ein Ausdruck der Barbarei, wenn „Zukunft“ nicht mehr mit Hoffnung und Herausforderung verbunden ist, sondern mit Angst und Ungewissheit?

Der Rückfall in die Barbarei ist nicht Bedrohung der Zukunft, sondern Gegenwart. Sie ist der Ausdruck der Krise der Zivilisation, die der globale Kapitalismus verursacht.

Einen Weg aus der Barbarei erkämpfen

Wir haben gar nicht mehr die Alternative „Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei“, sondern wir müssen einen Weg aus der Barbarei erkämpfen, wenn wir nicht in dieser Barbarei untergehen wollen, wenn das Überleben der menschlichen Zivilisation gesichert werden soll.

Eine Lösung dieser Probleme kann nicht im Rahmen der Ordnung gefunden werden, die diese Problem hervorruft. Dazu muss der Kapitalismus überwunden werden.

Das was wir gegenwärtig erleben, das ist das Aufbäumen einer alten Ordnung, einer veralteten, menschenfeindlichen Logik. Es ist das Aufbäumen der Vergangenheit, die aber heute noch mächtiger ist denn je.

Aber die Zukunft ist bereits sichtbar: in Lateinamerika, in den Hunderttausend die am vergangenen Samstag in Brockdorf, Biblis und Ahaus demonstrierten, Die Zukunft ist bereits sichtbar - heute, hier an diesem 1. Mai auf diesem Platz und in zahllosen Städten rund um den Globus - in Thessaloniki und Athen, in Istanbul, in Rom, Madrid und Lissabon, in Caracas und Havanna.

"Eine Welt, die regiert wird von einer Handvoll gieriger Banker und Unternehmenschefs, die niemand gewählt hat, kann unmöglich Bestand haben", schreibt die indische Schriftstellerin Arundhati Roy.

Noch haben das Kapital, seine Medien und seine politischen Vertreter die Macht - aber wir sind mehr.

§ Uns gehört die Zukunft. Wenn wir gemeinsam und solidarisch handeln.

§ Wehren wir uns gegen die Abwälzung der Krisenlasten!

§ Die Reichen sollen zahlen!

§ Der Mensch geht vor Profit - den Kapitalismus überwinden!

§ Beginnen wir heute mit dem Kampf um die Zukunft!